

STREIT&STRUNTZ

RAUM FÜR DENKANSTÖSSE ZU KOMMUNALEN KONFLIKTEN

AUSGABE NR. 41, OKTOBER 2024

Bedrohung zivilgesellschaftlicher Demokratietarbeit im lokalen Raum

Liebe*r Leser*in von Streit&Struntz,

Für Demokratien ist eine funktionierende Zivilgesellschaft von herausragender Bedeutung. Gerade im Moment ist es wichtig, sich das zu vergegenwärtigen, denn vielerorts werden Mitglieder der Zivilgesellschaft zur Zielscheibe rechtsextremer und demokratiefeindlicher Akteure. Dieses Phänomen ist Gegenstand einer gerade veröffentlichten, breit angelegten empirischen Erhebung, die im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes „BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen“ durchgeführt wurde und im Rahmen von Streit&Struntz vorgestellt wird.¹

*Den Impulstext zur aktuellen Ausgabe von Streit&Struntz haben Prof. Dr. Beate Küpper und Tina Leber vom Institut SO.CON – Social Concepts für Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit – der Hochschule Niederrhein geschrieben. Die Autor*innen der Studie werden deren Ergebnisse im Rahmen eines kurzen Inputs bei der digitalen Veranstaltung am 28.10.2024 von 16:00 Uhr bis 17:00 Uhr präsentieren. In einem zweiten Input wird Christof Starke diese Ergebnisse aus einer Konfliktbearbeitungs-Perspektive einordnen.*

Die Streit&Struntz-Ausgabe am 28.10.2024 führt das K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung in Kooperation mit der ConflictA – Konfliktakademie der Universität Bielefeld und dem Projekt „BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen“ durch.

Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen ‚Rechts‘ – ob hauptamtlich, ehrenamtlich oder aktivistisch – ist für die Förderung und Stärkung von Demokratie zentral. Die Zivilgesellschaft leistet ihre Arbeit gerade auch im Lokalen. Zugleich stehen das Engagement und die Engagierten in vorderster Reihe im Kampf gegen Demokratiefeindlichkeit und die extreme Rechte – Personen, Einrichtungen und Organisationen sind mancherorts massiven Bedrohungen ausgesetzt.

bereits (ggf. auch strafrechtlich relevante Formen von) Bedrohung erlebt, davon 57 Prozent im letzten Jahr. 68 Prozent waren von politischen Interventionen betroffen, von diesen 72 Prozent im letzten Jahr. Die große Mehrheit reagiert hierauf aber keineswegs nur mit Angst und Rückzug, sondern nimmt die Bedrohung als Ansporn, sich für die Demokratie zu engagieren.

[1] Der Kurzbericht zur Studie kann unter dem folgenden Link aufgerufen werden: https://wi-rex.de/ueber-uns/publikationen/?e-filter-476fb02-publikations_kategorie=short-report.

79 Prozent der im Projekt Befragten haben

Das Projekt BEWARE hat im Zeitraum von Juli bis Dezember 2023 bundesweit zwanzig Personen aus der beruflichen, ehrenamtlichen und aktivistischen Demokratiearbeit gegen ‚Rechts‘ zu ihren Wahrnehmungen, Einordnungen und Bearbeitungen von Bedrohungen befragt. Darauf aufbauend haben wir im April 2024 eine quantitative Online-Befragung durchgeführt, an der über 500 Personen aus der gleichen Zielgruppe teilgenommen haben. Wir berichten hier von den Ergebnissen und freuen uns, darüber ins Gespräch zu kommen.



So sieht der Kurzbericht zur Studie aus.

1. Bedrohung zeigt sich in vier Dimensionen

Bedrohung ist das, was vor dem Eintreten eines schlimmen Ereignisses oder einer Tat liegt.² Sie kann auch selbst zu einem schlimmen Ereignis werden und ihre Wirkung entfalten, bevor und auch ohne dass das angedrohte und/oder befürchtete

Ereignis eintritt. Das macht sie so schwer fassbar. Es rückt sie bei allen Unterschieden auch in die Nähe des Terrors, der darauf angelegt ist, eine Signalwirkung auf andere, nicht unmittelbar Angegriffene, und die Gesellschaft zu entfalten.³ Auf Basis des bisherigen Forschungsstands und der Projektergebnisse beobachten wir vier Dimensionen von Bedrohungen, die in der Praxis nicht eindeutig abgrenzbar sind. Klar ist: Bedrohungen entfalten ihre Wirkung ganz unabhängig davon, ob sie strafrechtlich relevant sind oder nicht.

Engagierte werden verbal und körperlich angegriffen, Veranstaltungen gestört, subtile Andeutungen wie „wir wissen, wo deine Kinder zur Schule gehen“ zeigen an oder suggerieren, dass jemand ins Visier rechter Akteure geraten ist. Diese Formen der Bedrohung bezeichnen wir als **gewaltbezogene Angriffe**. Die Etablierung der extremen Rechten in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ eröffnet ihr darüber hinaus zunehmend Einfluss in Parlamenten, Gremien oder Begleit- und Kontrollausschüssen. Entsprechend steigen die Möglichkeiten für und die Sorge vor **politischen Interventionen**. Parlamentarische Anfragen zielen bspw. auf Kompetenzen und biographische Hintergründe von Projektmitarbeiter*innen, stellen Finanzierungen von Einrichtungen infrage oder fordern die Umsetzung eines (vorgeblichen) „Neutralitätsgebots“. Genutzt werden auch juristische Mittel, etwa Anzeigen zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit. Nur vordergründig geht es dabei um eine inhaltliche

[2] Lazarus, Richard S./Folkman, Susan (1984): Stress, Appraisal, and Coping. New York: Springer Publishing.

[3] Schmid, Alex P. (2023): Defining Terrorism. ICCT Report. Den Haag: International Center for Counter Terrorism.

Auseinandersetzung. Die Interventionen sind an vielen Stellen offene und/oder versteckte Drohgebärden sowie „Feindmarkierungen“⁴, die vor allem der eigenen Legitimierung und der Delegitimierung der politischen Gegner*innen dienen.⁵ Gerade kleineren Vereinen bereitet dies viel Arbeit, so dass ihre Ressourcen für das „Kerngeschäft“ eingeschränkt werden. Der eigentlich wichtige, demokratiefördernde Charakter ebenjener Mittel wird somit ausgehebelt, zugleich die eigene Zielsetzung verschleiert. Politische Interventionen werden allerdings – wenn auch zum Teil mit anderen Zielsetzungen – nicht nur von Akteuren der extremen Rechten ausgeübt. Für Kommunen ist die Herausforderung, die verschiedenen Zielsetzungen zu erkennen und einzuordnen, sich nicht vor „den Karren spannen“ zu lassen, aber auch, sich nicht hinter vordergründig „neutralen“ demokratischen Forderungen, Mitteln und Prozessen zu verstecken, sondern als verantwortliche Akteure entlang demokratischer Werthaltungen zu handeln.

Unter dem **gesellschaftspolitischen Bedrohungsszenario** als dritte, eigenständige Dimension von Bedrohung fassen wir Angriffe, die sich gegen die demokratische Gesellschaft als Ganze richten. Diese Bedrohungsdimension hat für Akteure der Demokratiewerkarbeit qua ihrer Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie ihrer Selbst- und Fremdbeauftragung besondere Relevanz. Sie sind nicht nur abstrakt als Mitglieder der Gesellschaft betroffen, sondern konkret durch ihre rollenspezifische Position bzw. Verortung innerhalb der Gesellschaft – eben, weil sie sich für die Demokratie einsetzen. Wo andere um die Demokratie im Allgemeinen bangen, wissen sie, dass sie durch ihr Engagement gleichzeitig auch persönlich adressiert sind. 76 Prozent der

zivilgesellschaftlich Engagierten sehen die Demokratiewerkarbeit durch Rechtsextremismus stark bis sehr stark bedroht. Die Dimension zeichnet sich auch durch die Wahrnehmung eines Erstarkens der extremen Rechten (erlebbar z. B. in terroristischen Taten, Wahlerfolgen, medialer Präsenz, alltäglichen Begegnungen) seitens der Befragten bei einem gleichzeitigen Mangel an Solidarität und unsicheren Rahmenbedingungen im Handlungsfeld aus. Eine interviewte Person beschreibt die Situation wie folgt:

„Wir müssen ganz klar auch sagen, Demokratieförderung, so üblich es in den letzten Jahren geworden ist, steht nach wie vor auf relativ wackeligen Füßen.“ (Ravil⁶, Nordrhein-Westfalen)

Diese Bedrohungskulisse ist nicht nur Hintergrundfolie, sondern wird als direkte Adressierung von Personen, Institutionen und Handlungsfeld wahrgenommen und wirksam.

Die vierte Dimension ist die **Bedrohungserwartung**. Sie umfasst sowohl die Angst, direkt von Bedrohungen betroffen zu sein, als auch die Sorge vor potentiellen Folgen der Betroffenheit. Die

[4] Hafener, Benno/Jestadt, Hannah/Schwerthelm, Moritz/Schuhmacher, Nils/Zimmermann, Gillian (2021): Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag.

[5] Schuhmacher, Nils/Schwerthelm, Moritz/Zimmermann, Gillian (2021): Stay with the Trouble. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Tübingen: Verlag Burkhard Fehrlen.

[6] Die Namen der Interviewten wurden pseudonymisiert.

Befürchtungen beziehen sich nicht nur auf die eigene Person, Familie und Mitengagierte, sondern auch auf besonders vulnerable gesellschaftliche Gruppen und demokratische Errungenschaften im Ganzen. Unter Berücksichtigung von Erkenntnissen aus der Terrorismusforschung wird deutlich, dass es sich vergleichbar um eine Kommunikationsstrategie handelt, die neben der physischen Wirkung (z. B. in Form von Verletzungen) auf die direkt Betroffenen immer auch eine psychische und symbolische Wirkung auf Dritte hat.⁷

Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten...

... gibt einmal im Monat einen Anstoß für neues Denken zu Konflikten im kommunalen Raum: Mit einem schriftlichen Impuls meist am Anfang des Monats und an einem der folgenden Montage (16.00-17.00 Uhr) in einer Online-Diskussion, mit der das Thema vertieft wird.

Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. schafft damit ein Dialogformat für den Austausch zwischen der Praxis der Konfliktbearbeitung, Konfliktberatung und Wissenschaft.

2. Der Lokalraum ist für Bedrohungen besonders relevant

Der lokalen politischen Kultur wird eine zentrale Rolle bei der Wahrnehmung und Bewertung der extremen Rechten zugeschrieben.⁸ Je schwächer die demokratischen Akteure, desto leichter gelingt es der extremen Rechten, Einfluss und (partielle) Dominanz zu gewinnen. In unseren Interviews zeigt sich eine deutliche Zunahme der Verunsicherung in Hinblick auf ebenjene Kräfteverhältnisse, wie das folgende Zitat illustriert:

„Und wir überlegen auch bei jedem Ding, wo wir in den politischen Raum gehen, wie machen wir das. [...] [Wir] gucken, wer sind denn jetzt hier unsere Partner, können wir uns das überhaupt leisten, oder haut es uns komplett die Beine weg. Und das lässt sich gerade immer schwieriger einschätzen.“
(Anna, Brandenburg)

Das Vertrauen in tragfähige demokratische Kooperationen ist nach Einschätzung der Interviewten mancherorts nicht mehr gegeben. Besonders wenn bürgerlich-konservative Akteure mit der AfD kooperieren, verstärkt dies die Risiko- und Bedrohungserwartungen. Dabei bewerten 97 Prozent der Befragten die Unterstützung durch die Kommunalpolitik als wichtig. Zugleich beurteilen nur 43 Prozent die tatsächliche Unterstützung durch die Kommunalpolitik als gut oder sehr gut und lediglich 56 Prozent haben den Eindruck, die Mehrheit der Menschen in ihrer Kommune stehe hinter ihnen. Darüber hinaus heben die Interviewten die Bedeutung von solidarischen Positionierungen lokaler Akteure, die nicht zum explizit politischen Feld gehören (wie z. B. Unternehmer*innen und Gewerbetreibende) gesondert hervor. Sie machen jedoch, je nach lokalräumlicher Konstellation, die Erfahrung, dass diese ausbleibt. Als wichtig gilt es hervorzuheben, dass die institutionelle Zugehörigkeit der unterstützenden Personen im Lokalen in den Hintergrund tritt. So kann bspw. ein

[7] z. B. Waldmann, Peter (2005): Terrorismus. Provokation der Macht. Hamburg: Murmann Verlag.

[8] Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie/Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim, München: Juventa Verlag.

starkes Misstrauen gegenüber ‚der Polizei‘ herrschen, während zeitgleich Polizist*innen als Kooperationspartner*innen vor Ort geschätzt und eingebunden werden. Die Befunde unterstreichen u. E. die Bedeutung des Handelns – oder Ausbleibens von Handeln – einzelner Kommunalpolitiker*innen (ungeachtet der Parteizugehörigkeit) sowie von Mitarbeiter*innen aus Behörden und Verwaltungen. Diese bestimmen das Bedrohungsleben maßgeblich mit.

Unsere Ergebnisse zeigen deutlich, dass sich mit der zunehmenden kommunalen, landesweiten und bundesweiten Mitsprache der AfD, der Bekleidung von Gremienposten oder der Weisungsbefugnis für kommunale Verwaltungen durch AfD-Politiker*innen neue Konstellationen ergeben, die sich unmittelbar auf die Demokratiearbeit auswirken werden – vor allem dort, wo

diese durch staatliche Gelder finanziert und in ihrer bisherigen Existenz von diesen abhängig ist. Die Thüringer AfD benennt in ihrem 5-Punkte-Plan für das Land offensiv die gänzliche Streichung staatlicher Mittel zur Demokratieförderung.⁹ Diese Haltung und Strategie wird auch von den Engagierten wahrgenommen. Die öffentlich geförderte Demokratiearbeit muss mancherorts um ihre Existenz bangen. Gleichzeitig gilt, dass das Engagement für eine demokratische Gesellschaft vielleicht wichtiger denn je ist. Hierzu braucht es auch das kooperative Handeln von Kommunen und Zivilgesellschaft.

Mit diesem Impulstext sowie der zugehörigen Online-Diskussion am 28. Oktober von 16-17 Uhr möchten wir gerne mit Ihnen und Euch ins Gespräch kommen. Wir laden Sie und Euch ganz herzlich ein, eigene Fragen zu stellen, zu kommentieren und mitzudiskutieren.

Das Online-Gespräch wird via Zoom stattfinden. Bitte melden Sie sich mit einem Klick auf den Button im Newsletter oder per E-Mail an streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de zum Online-Gespräch an. Die Zugangsdaten zur Zoom-Veranstaltung werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.

[9] Kehrer, Andreas (2024): AfD-Pläne. Höckes 5-Punkte-Plan für den Fall, dass die AfD Thüringen regiert. Mitteldeutscher Rundfunk. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/hoecke-fuenf-punkte-plan-afd-106.html#Kampfrechts> (26.09.2024).

Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

... bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.

Weitere Informationen: www.k3b-saw.de



Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ oder "K3B" an.

Spendenkonto:

Verein zur Förderung der Bildung – VfB Salzwedel e.V

IBAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19

BIC: NOLADE21SAW

Sparkasse Altmark West

Spenden sind steuerlich absetzbar. Um eine Spendenquittung zu erhalten, geben Sie bitte Ihre Anschrift an.

K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VfB Salzwedel e.V.
Breite Straße 34, 29410 Salzwedel

03901-3089136
streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de
www.k3b-saw.de